

Voggenauer, Martin

Article

Lohnkosten in der Eurozone

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Voggenauer, Martin (2013) : Lohnkosten in der Eurozone, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 05, pp. 47-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165246>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

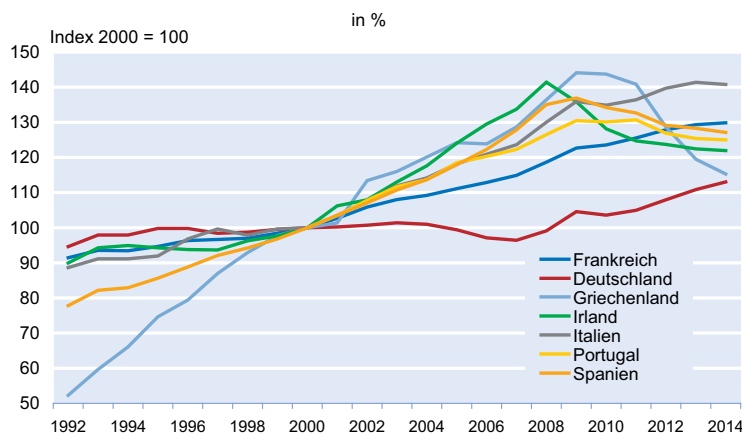
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Grund für die anhaltende Eurokrise sind die unterschiedliche Entwicklung der durchschnittlichen Lohnkosten pro Outputseinheit und ihre Auswirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die OECD misst die Wettbewerbsfähigkeit als Lohnstückkosten (Unit Labour Costs, ULCs), die sich aus dem Quotienten aus gesamten Lohnkosten und realem Output berechnen (vgl. OECD 2013). Dies ist zugleich der Quotient aus durchschnittlichen Lohnkosten pro Stunde und Produktivität (Output pro Stunde), so dass die ULCs eine Verbindung zwischen Produktivität und Lohnkosten darstellen und somit entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind. Im Folgenden wird anhand der Daten der OECD die unterschiedliche Entwicklung der ULCs der letzten 20 Jahre in den Mitgliedstaaten der Eurozone betrachtet¹, wobei die Zeitspanne in drei Etappen eingeteilt wird: zunächst die 1990er Jahre, dann die Phase nach Einführung des Euro und zuletzt die Zeit nach Beginn der Krise. Auf die Entwicklung der ULCs in den Krisenstaaten (Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland) sowie in Deutschland wird dabei besonderes Augenmerk gelegt. Als Basisjahr für alle Daten wird das Jahr 2000 herangezogen.

Bereits in den Jahren 1992 bis 2000 lag die Entwicklung der ULCs in den jetzigen Krisenstaaten teils deutlich über der der restlichen Mitgliedstaaten. Vor allem Griechenland und Spanien, die 1993 noch bei einem Niveau von 59,9% respektive 82,2% der ULCs im Jahr 2000 lagen, wiesen in den 1990er Jahren schon deutlich höhere Wachstumsraten der ULCs auf als die anderen Mitglieder der späteren Eurozone, die sich zwischen 89,3% (Luxemburg) und 96,0% (Finnland) bewegten. Bereits hier sticht Deutschland mit der Entwicklung seiner ULCs hervor, die 1993 nur 2,1% unter dem Niveau von 2000 lagen, so dass die Kosten mehr oder weniger konstant geblieben waren. Dies lässt sich nur noch bei Österreich vorfinden.

Die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung im Jahr 1999 führte in den Krisenstaaten zu einem Kreditboom, der durch ein schnelles Wachstum und erhöhte Staatsausgaben eine im Vergleich zum Durchschnitt der Eurozone erhöhte Inflation und aufgrund der fehlenden Möglichkeit zur Abwertung einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hatte. Dies zeigt sich deutlich an den Statistiken der OECD. Im zweiten betrachteten Zeitraum ab dem Jahr 2000 bis ins Jahr 2007, also in etwa kurz vor Beginn der Krise, stiegen die ULCs in Griechenland (128,6%), Spanien (127,7%), Italien (123,6%), Portugal (122,3%) und Ir-

Abb. 1
Lohnstückkosten in der Eurozone



Quelle: OECD (2012a).

land (133,6%) deutlich stärker als in den restlichen Staaten. Dort lag der Anstieg in der Regel zwischen 5 und 15%. In Deutschland blieben die ULCs in den Jahren 2000 bis 2003 annähernd konstant und fielen in den Jahren bis 2007 sogar wieder unter das Niveau von 2000. Diese eigenständige Entwicklung ist nicht zuletzt auf die im Rahmen der Agenda-Politik des Kabinetts Schröder II durchgeführte Reform des Arbeitsmarktes zurückzuführen.

Im dritten betrachteten Zeitraum ab 2007 steigen die ULCs in den fünf Krisenstaaten zunächst noch weiter bis auf ein Niveau von 130,5% (Portugal) bis 144,1% (Griechenland). Ab 2009 zeichnet sich aber eine Trendwende hin zu fallenden Arbeitskosten ab², so dass die ULCs 2012 wieder in etwa auf dem Niveau von 2007 lagen.³ Eine Ausnahme stellt hierbei Italien dar: Dort steigen die ULCs ungehindert weiter.

Während die ULCs in den Krisenstaaten zurückgehen, steigen sie ab 2007 in den übrigen Eurostaaten. Zwar zeichnete sich von 2009 auf 2010 krisenbedingt nochmals ein leichter Dämpfer ab, seitdem hält aber der Trend steigender ULCs hier bis heute an. Auch in Deutschland ist erstmals ein Anstieg zu verzeichnen, zuletzt auf 108,0% im Jahr 2012. Während der Kostenrückgang der Krisenstaaten vor allem auf die eingeleiteten Reformen zurückzuführen ist, sind die Lohnsteigerungen in Deutschland insbesondere mit der guten Wirtschaftslage der letzten Jahre zu erklären. Das langsamere Wachstum der ULCs führte in den Jahren seit Ausbruch der Krise in den Krisenstaaten aufgrund sinkender Exportpreise und einem damit verbundenen Rückgang der Arbeitskosten zu einer Reduktion der Handelsbilanzdefizite.

¹ Es werden nur die Staaten, die bereits 1999 den Euro einführen, betrachtet.

² In Irland fallen die Arbeitskosten bereits ab 2008.

³ Im Falle Portugals liegen sie in etwa auf dem Niveau von 2008.

Laut Prognosen der OECD wird dieser Abwärtstrend der ULCs auch noch die nächsten zwei Jahre anhalten, so dass Spanien (127,0%), Portugal (125,0%), Irland (121,9%) und Griechenland (115,0%) – verglichen mit dem Jahr 2000 – niedrigere ULCs-Zuwächse als die meisten anderen Staaten der ursprünglichen Eurozone, die die OECD 2014 bei einem Stand von über 130% sieht, aufweisen werden. Ausnahmen bilden Österreich (122,9%) und Deutschland, das mit einem Stand von 113,0%, wie schon die Jahre zuvor, deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Den positiven Effekten der bisherigen Angleichung der Handelsbilanzdefizite wirkt in den Krisenstaaten eine schwache Inlandsnachfrage und eine hohen Arbeitslosigkeit entgegen. Deshalb sieht die OECD in den Krisenstaaten noch weiteren Bedarf an Strukturreformen, um die Krise überwinden zu können. Die OECD empfiehlt den wirtschaftlich stärkeren Staaten – vor allem Deutschland – die weiteren Reformen durch eine Politik der Lohnangleichung und einer Politik, die die Binnen nachfrage ankurbelt, zu begleiten (vgl. OECD 2012b). Wenn die weitere Entwicklung wie prognostiziert eintritt, bedeutet dies, dass der durch die Lohnkosten verursachte Druck auf die Krisenstaaten sinkt.

Literatur

OECD (2012a), »Economic Outlook No 92 – December 2012 – OECD Annual Projections« online verfügbar unter: http://stats.oecd.org/index.aspx?DataSetCode=EO92_INTERNET.

OECD (2012b), »Euro Area Labour Costs Converging, but Imbalances Persist«, online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/economy/euroarea/labourcosts.htm>.

OECD (2013), »Main Economic Indicators: Sources and Definitions«, online verfügbar unter: <http://stats.oecd.org/mei/default.asp?lang=e&subject=19>.